

Personalmangel in Katasterämtern

Beamtenbund fürchtet schlechteren Service und lange Wartezeiten durch Umstrukturierungen

Elmar Otto

Erfurt. Die durch Personalmangel ausgelösten Umstrukturierungen im Thüringer Landesamt für Bodenmanagement und Geoinformation (TLBG) stoßen auf massive Kritik. „Die Pläne führen, vor allem in den Katasterbereichen, zu erschweren Arbeitsbedingungen und Mehrbelastungen“, sagt der Landesvorsitzende des Thüringer Beamtenbundes und Chef der Gewerkschaft Technik und Naturwissenschaft, Frank Schönborn, dieser Zeitung. Es sei eine Verschlechterung der Arbeitsabläufe und eine Verlängerung der Bearbeitungszeiten zu erwarten. Die Behörde werde weniger flexible Serviceleistungen für den Bürger bereitstellen können. Das Fach- und Führungskräfteproblem werde so nicht gelöst.

Die Liste der Zuständigkeiten, auf die sich die Änderungen negativ auswirken könnten, ist aus Schönborns Sicht lang. Es gehe etwa um

Daten für Immobilienkäufer, -verkäufer und -besitzer, zu Lage, Größe oder Grundstücksgrenzen. Es gehe um Bauanträge und damit einhergehende Bauzeichnungen sowie amtliche Lagepläne. „Und es geht auch um die Basis für Industrieansiedlungen“, sagt er.

Ein Sprecher von Infrastrukturministerin Susanna Karawanskij (Linke) bestätigt, dass mit Wirkung vom 1. Juli 2024 unter anderem die derzeit noch bestehenden elf Referate in der Abteilung 2 „Liegenschaftskataster, Bodenordnung und Wertermittlung“ des TLBG aufgelöst und auf acht reduziert werden sollen. Würde man die derzeitige Organisationsstruktur beibehalten, hätten bis Ende kommenden Jahres „circa 18 Leitungsdienstposten einer Nachbesetzung bedurft“, betont er. Bei der Kritik könne es sich zurzeit lediglich um „subjektive, negative Erwartungen und Befürchtungen handeln, die das Ministerium und die Leitung des TLBG je-



Mitarbeiter sind von der intransparenten Arbeitsweise der Verantwortungsträger und deren fragwürdigen Entscheidungen vor den Kopf gestoßen.

Frank Schönborn Beamtenbundschef

doch nicht teilen und nicht erwarten“, heißt es.

Andreas Bühl, früher selbst im damaligen Landesamt für Geoinfor-

mation und Vermessung tätig und heute Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion, kann das Handeln des Ministeriums ebenfalls nicht nachvollziehen. Es zeige sich etwa, dass die vorübergehende Abschaffung des technischen Referendariats im Jahr 2017 als Voraussetzung zum höheren vermessungstechnischen Verwaltungsdienst in Bezug auf den Fachkräftebedarf in diesem Bereich ein Fehler gewesen sei. Bis zur Wiedereinführung des Referendariats 2022 sei auf fünf Ausbildungsjahre fahrlässig verzichtet worden. „Diese Landesregierung hat keinen Weitblick, was Personalplanung betrifft“, meint Bühl.

Das Ministerium widerspricht dieser Darstellung: Die jetzigen personellen Engpässe lägen unter anderem darin begründet, dass die Behörde „bisher keine Stelle zur Besetzung nach dem neuen Qualifikationsmodell ausgeschrieben hat“, heißt es dort. *Leitartikel*